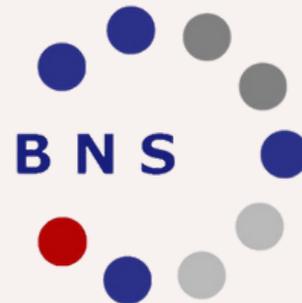


Wahlprüfsteine: Das planen die Parteien im Bereich Asyl

	Zurückweisung an der Grenze	Asylverfahren in Drittstaaten	Mehr „sichere“ Herkunftsländer
Union			
SPD			
Grüne			
Linke			
FDP			
BSW			

Unsere Position





Asylpolitik: Unsere Position

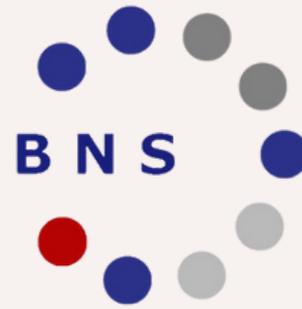
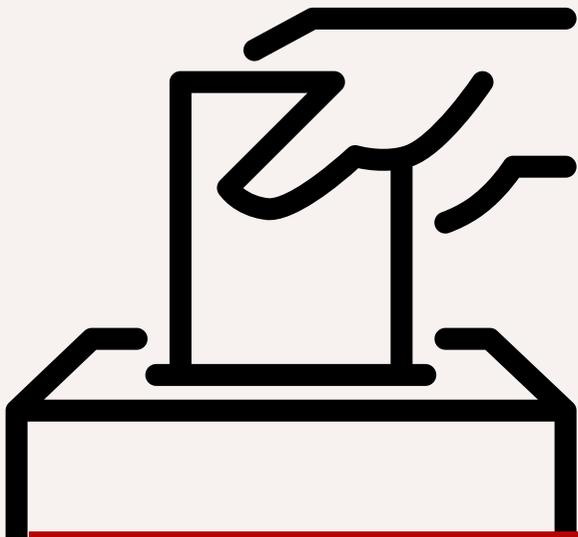
Zurückweisungen an der Grenze verstoßen gegen das Prinzip des Non-Refoulements (Genfer Flüchtlingskonvention und Europarecht). Schutzsuchende dürfen nicht ohne Prüfung ihres Anliegens zurückgewiesen werden.

Asylverfahren in Drittstaaten: Die Versuche Italiens und Großbritanniens, solche Verfahren auszulagern, scheiterten, weil Gerichte darin schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen (z. B. Freiheitsentzug, Verfahrensmängel, fehlender Rechtsschutz). Ähnliches ist auch in Deutschland zu erwarten.

„Sichere Herkunftsländer“: Laut EuGH-Urteil von 2024 muss ein Land, in das zurückgeschickt werden soll, vollständig als sicher gelten, nicht nur Teile davon. Bereits die heutige Liste sicherer Herkunftsländer hält diesem Urteil weitgehend nicht stand. Eine Erweiterung wäre höchstwahrscheinlich europarechtswidrig.

Was die Parteien sonst noch so planen



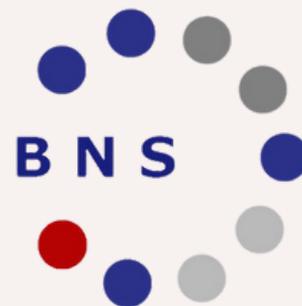


Asylpolitik: Das plant die Union

- **Vollständiger Aufnahmestopp**, auch von Menschen, die bereits rechtsverbindliche Aufnahmezusagen haben.
- **Zurückweisungen** an der Grenze für alle die Asyl beantragen wollen und aus dem Schengenraum einreisen.
- **Asylverfahren und langfristige Unterbringung in Drittstaaten.** Einzig Übernahme eines jährlich begrenzten Kontingents nach Deutschland.
- **Abschaffung des subsidiären Schutzes**, der vor allem für Bürgerkriegsflüchtlinge relevant ist.
- Erklärung von **mehr sicheren Herkunftsländer.**
- Abschluss weiterer **Rücknahmeabkommen.**

Was die SPD für die Asylpolitik plant



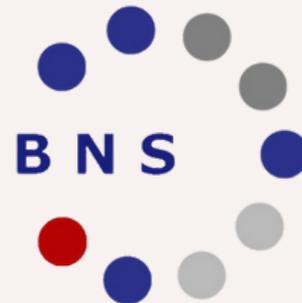
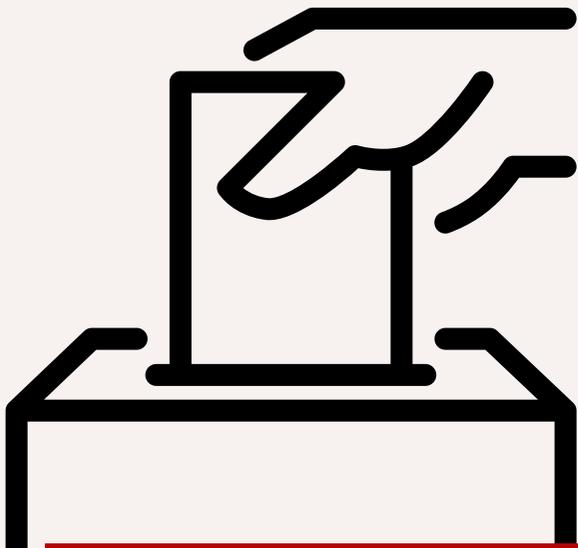


Asylpolitik: Das plant die SPD

- **Gemeinsames Europäisches Asylsystem** menschenrechtskonform umsetzen für solidarische Verteilung und humanitäre Standards.
- **Keine Externalisierung von Verfahren oder Pauschalzurückweisungen an der Grenze,** Binnengrenzkontrollen nur als Ausnahme,
- Dauer der **Asylverfahren** auf max. 6 Monate **beschleunigen.**
- **Schutz für geflüchtete Frauen** durch eigenständiger Aufenthaltstitel bei partnerschaftlicher Gewalt
- **Spurwechsel** für Fachkräfte erleichtern.
- **Fluchtursachen bekämpfen** durch Entwicklungszusammenarbeit.

Was die Grünen für die Asylpolitik planen



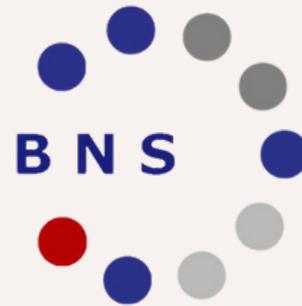


Asylpolitik: Das planen die Grünen

- Gemeinsames Europäisches Asylsystem (**GEAS**) menschenrechtskonform umsetzen mit solidarischer Verteilung von Schutzsuchenden.
- Besondere Berücksichtigung **vulnerabler Gruppen** (z. B. Frauen, Kinder, LSBTIQA+).
- **Keine Auslagerung von Asylverfahren oder Zurückweisungen.**
- **Schutzkonzepte für Frauen** in Unterkünften und eigenständiger Aufenthaltstitel bei partnerschaftlicher Gewalt
- **Spurwechsel** für Fachkräfte erleichtern.
- **Kirchenasyl** verteidigen.
- **Fluchtursachen bekämpfen** durch Diplomatie, humanitärer Hilfe, Entwicklungs-zusammenarbeit und fairen Handels-bedingungen.

Was die Linke für die Asylpolitik plant



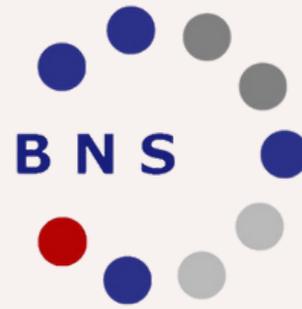


Asylpolitik: Das plant die Linke

- Ablehnung aller bisherigen Asylrechtsverschärfungen. **Gegen Illegalisierung von Geflüchteten.**
- **Ablehnung von GEAS, Schnellverfahren und Inhaftierungen.**
- Zugang zu individuellen Asylverfahren und Rechtschutz sicherstellen.
- Sicherstellung **unabhängiger Asylverfahrensberatung** durch zivilgesellschaftliche Organisationen.
- **LSBTIQA*- und geschlechtsspezifische Verfolgung** als Asylgründe anerkennen.
- **Klimaflucht sowie Verelendung als Fluchtgrund** mit humanitären Visa ermöglichen.
- **Fluchtursachen bekämpfen** durch Überwindung globaler Ungerechtigkeiten

Was die FDP für die Asylpolitik plant



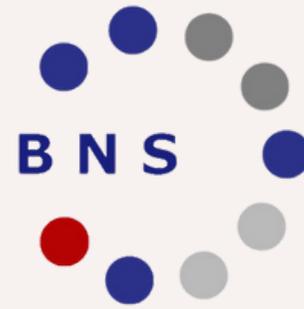


Asylpolitik: Das plant die FDP

- Beschleunigung von Asyl- und Asylgerichtsverfahren.
- Durchführung von **Asylverfahren in Drittstaaten**.
- Erklärung von mehr **sicheren Herkunftsländer**.
- Modellprojekte für **Zurückweisungen** an Außengrenzen.

Was das BSW für die Asylpolitik plant

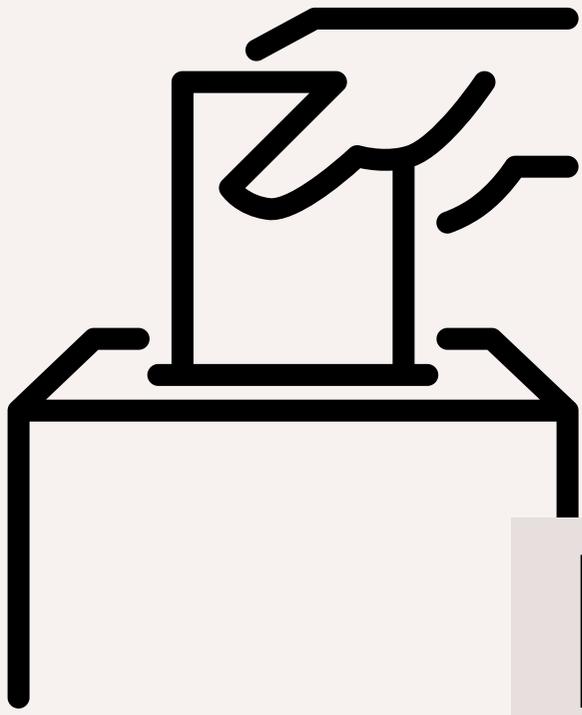




Asylpolitik: Das plant das BSW

- **Asylverfahren in Drittstaaten.**
- **Aufkündigung des Globalen Migrationspaktes**
der Vereinten Nationen.
- **Zurückweisungen** an der Grenze bei Einreise
aus sicherem Drittstaat.



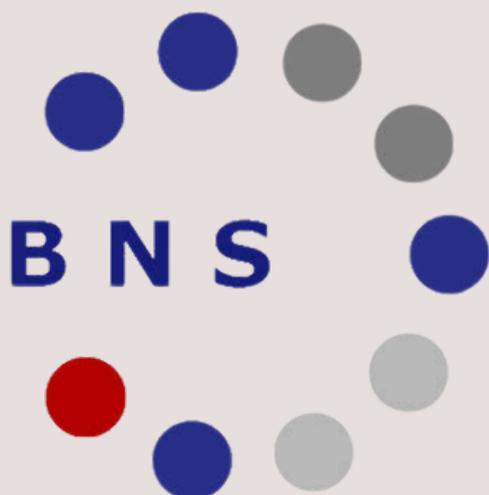


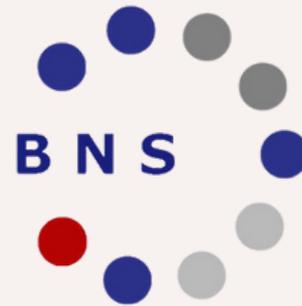
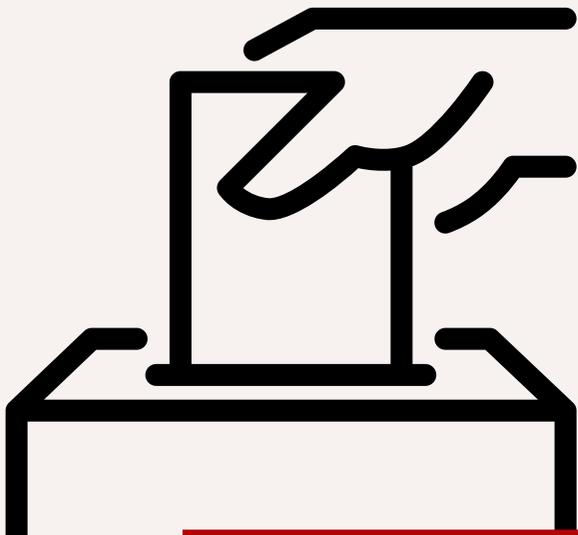
Next up...

Was planen die Parteien

im Bereich legale Fluchtwege?

Wahlprüfsteine von



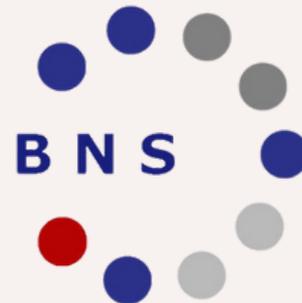
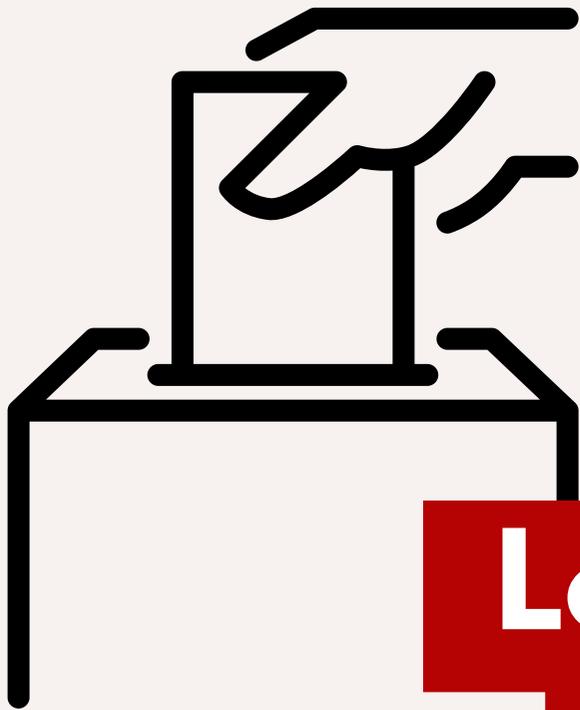


Wahlprüfsteine: Das planen die Parteien im Bereich legale Fluchtwege

	Humanitäre Aufnahmen	Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten
Union	✗	✗
SPD	✓	✓
Grüne	✓	✓
Linke	✓	faktisch möglich
FDP	✗	✗
BSW	?	?

Unsere Position





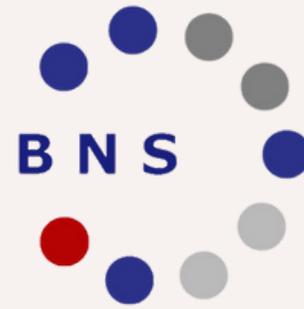
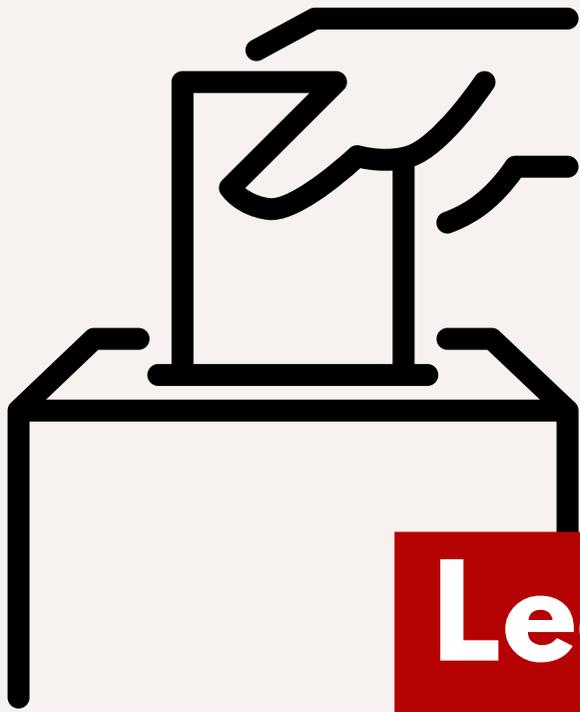
Legale Fluchtwege: Unsere Position

Humanitäre Aufnahmeprogramme ermöglichen Schutzsuchenden Sicherheit und rechtlichen Schutz, ohne gefährliche Fluchtrouten nutzen zu müssen. Deutschland trägt in vielen Kontexten, wie z.B. in Afghanistan eine humanitäre Verantwortung.

Familiennachzug sichert das Recht auf Familienleben, fördert Integration und bietet emotionalen sowie sozialen Halt. Das Recht auf Familienleben ist im Grundgesetz und in diversen internationalen Verträgen verankert.

Was die Parteien sonst noch so planen

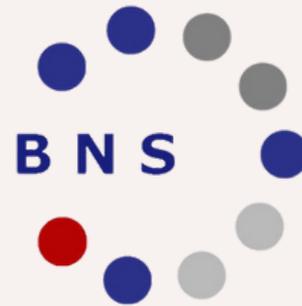
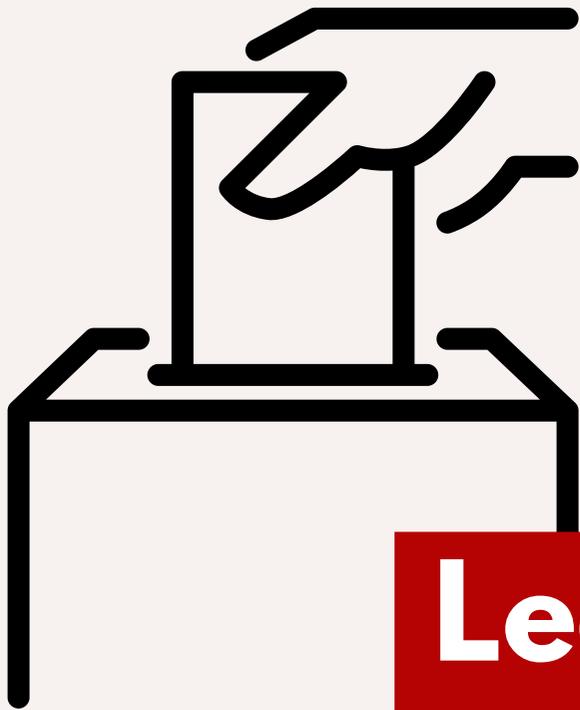




Legale Fluchtwege: Das plant die Union

- **Abschaffung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.**
- **Sofortige Beendigung aller freiwilligen Aufnahmeprogramme.**

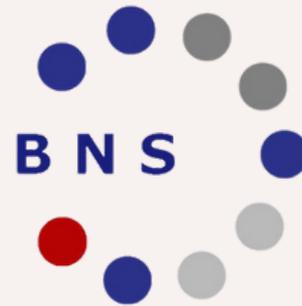
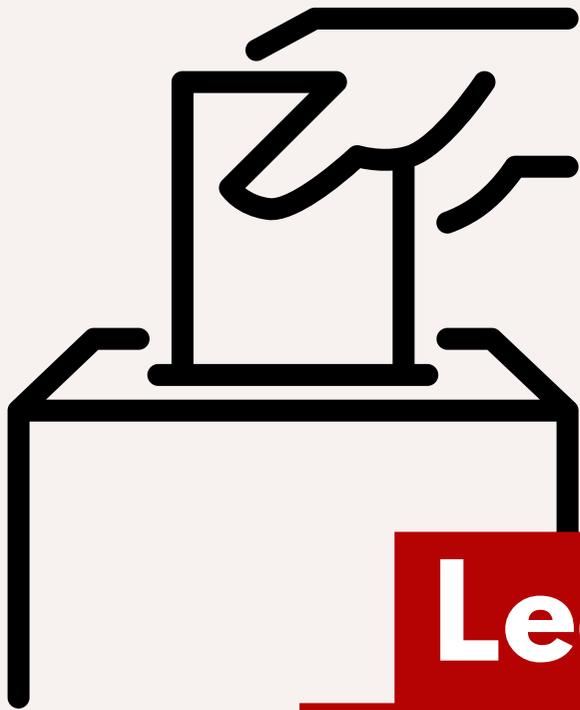




Legale Fluchtwege: Das plant die SPD

- **Erhalt des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.**
- **Unterstützung von Resettlement- und humanitären Aufnahmeprogrammen.**
- **Fortführung des Bundesaufnahme-
programms Afghanistan.**



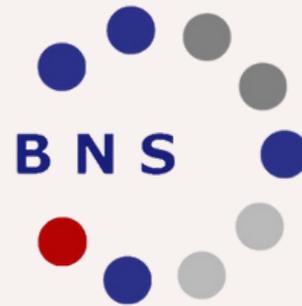
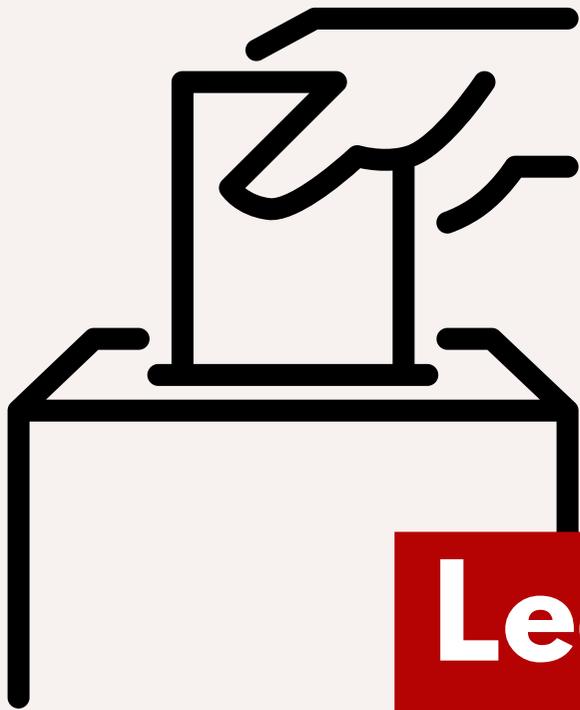


Legale Fluchtwege: Das planen die Grünen

- **Erhalt des Familiennachzug** und
Aufhebung existierender Ein-
schränkungen.
- Unterstützung von **Resettlement-** und
humanitären Aufnahmeprogrammen.

Was die Linke für die Asylpolitik plant

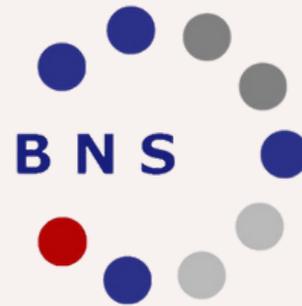
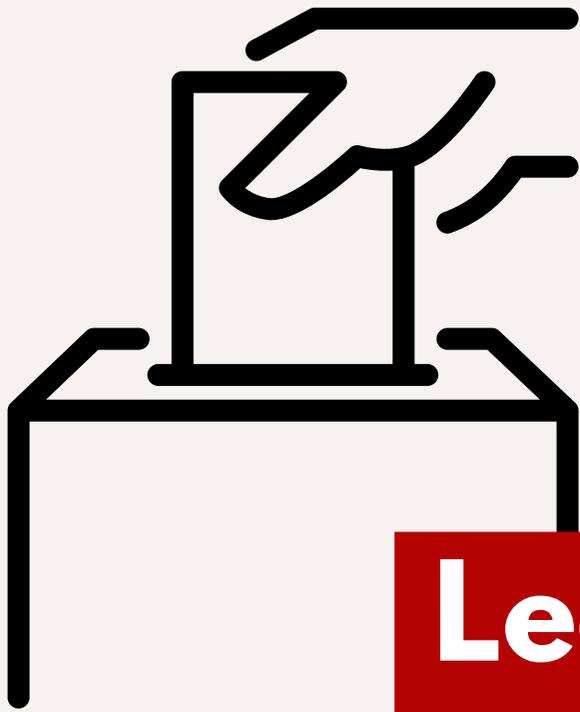




Legale Fluchtwege: Das plant die Linke

- Umfassende **Aufnahmekontingente** und **Resettlement-Programme**.
- **Abschaffung des Visumszwang** für **Geflüchtete**.

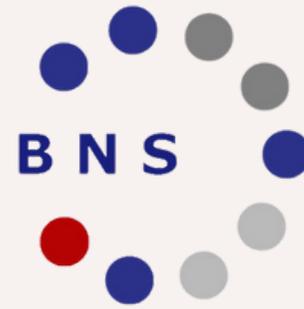
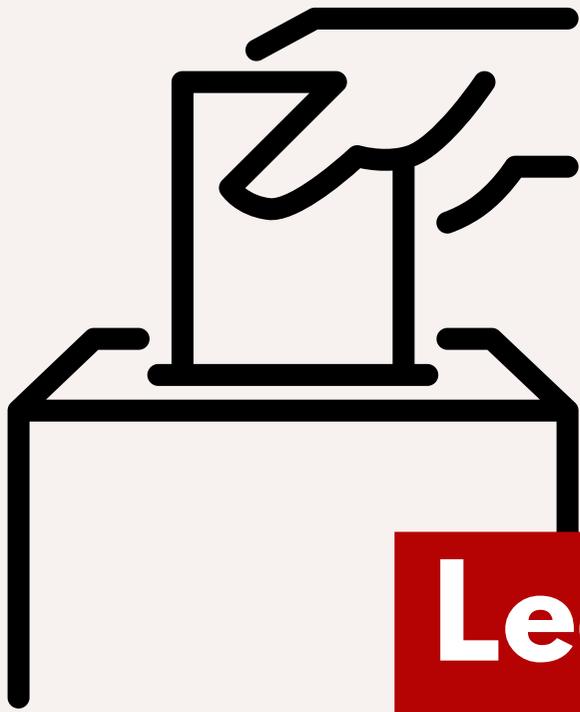




Legale Fluchtwege: Das plant die FDP

- **Aussetzung von Familiennachzug zu subsidiär
Schutzberechtigten.**
- **Pausierung von Aufnahmeprogrammen.**



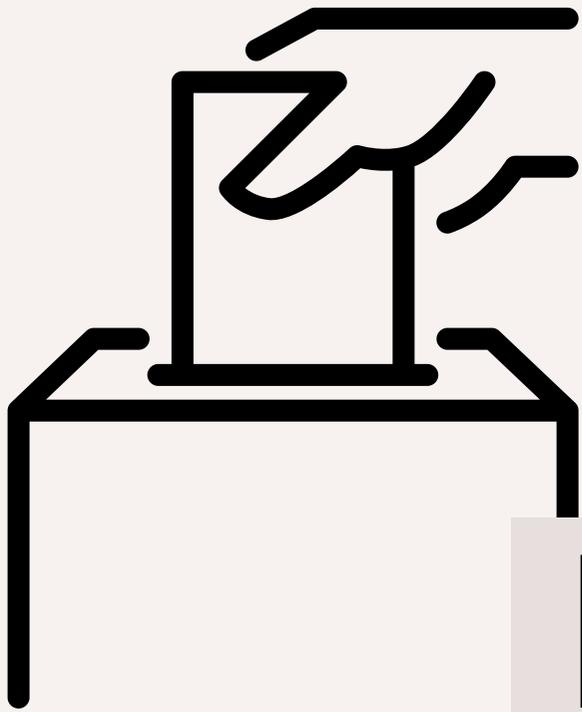


Legale Fluchtwege: Das plant das BSW

- keine Positionen.

Next up...



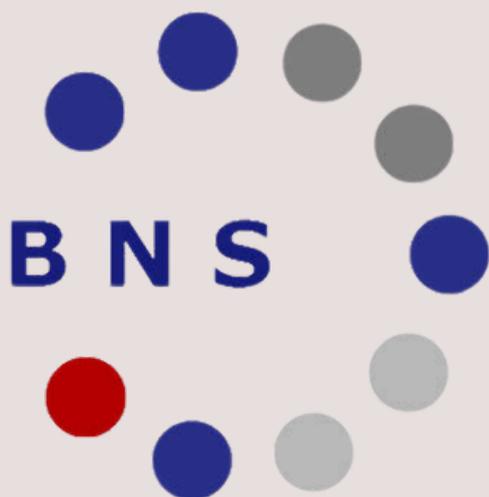


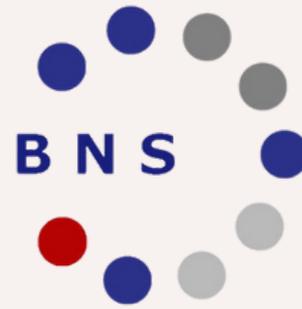
Next up...

Was planen die Parteien

im Bereich Abschiebungen?

Wahlprüfsteine von



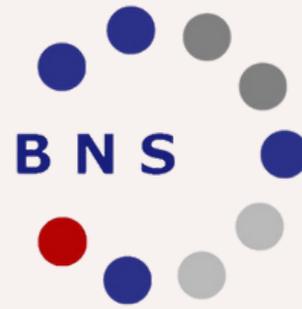


Wahlprüfsteine: Das planen die Parteien im Bereich Leistungen

	Leistungskürzungen	Bezahlkarte
Union	✓	✓
SPD	?	?
Grüne	?	?
Linke	✗	✗
FDP	✓	✓
BSW	✓	?

Unsere Position





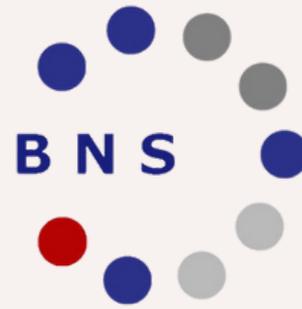
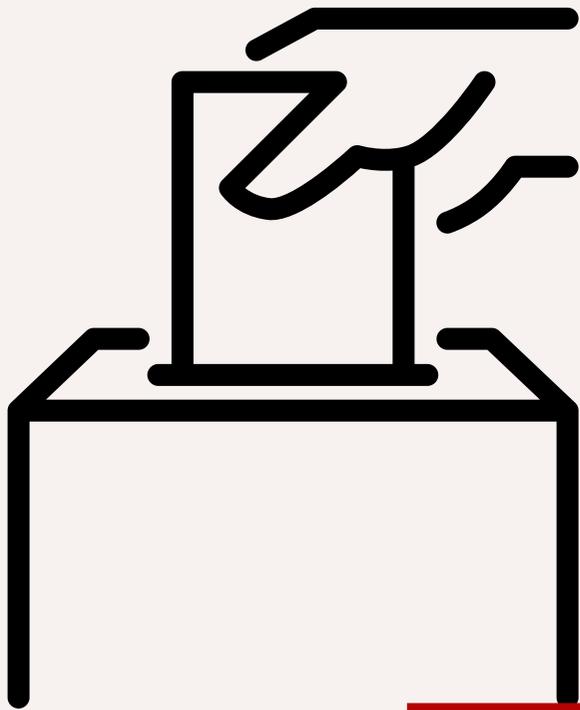
Leistungen: Unsere Position

Leistungskürzungen und -entzüge sind rechtswidrig. Bereits 2012 erklärte das Bundesverfassungsgericht AsylbLG-Leistungen für verfassungswidrig. Kürzungen zur Abschreckung sind unzulässig, ein Entzug verstößt gegen die Menschenwürde und europäisches Recht.

Die Bezahlkarte ist zutiefst diskriminierend, verletzt das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und führt zu ungerechtfertigter Ungleichbehandlung. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum Schutzsuchende eine Bezahlkarte, andere Sozialleistungsempfänger:innen aber Bargeld erhalten. Zudem bleiben Datenschutzbedenken ungelöst.

Was die Parteien sonst noch so planen



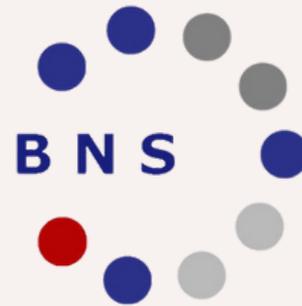
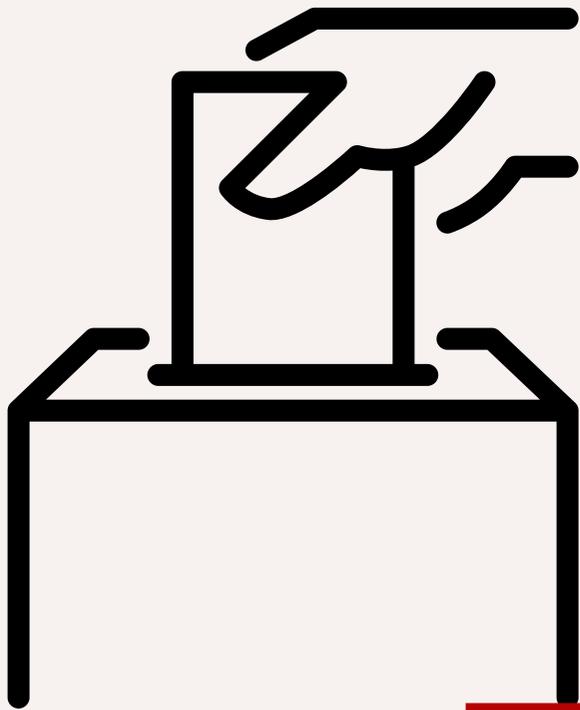


Leistungen: Das plant die Union

- **Sachleistungen statt Geld**, „wo immer möglich“.
- Einführung einer flächendeckenden, **restriktive Bezahlkarte**.
- „**Bett, Brot, Seife**“ für Ausreisepflichtige und **Leistungsausschlüsse** „wo immer möglich“.
- **Kein Bürgergeld** für Geflüchtete aus der **Ukraine**.

Was die SPD sonst noch plant



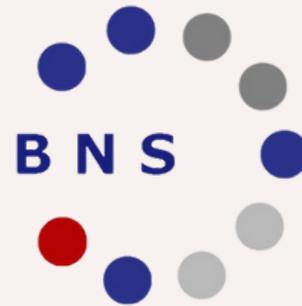
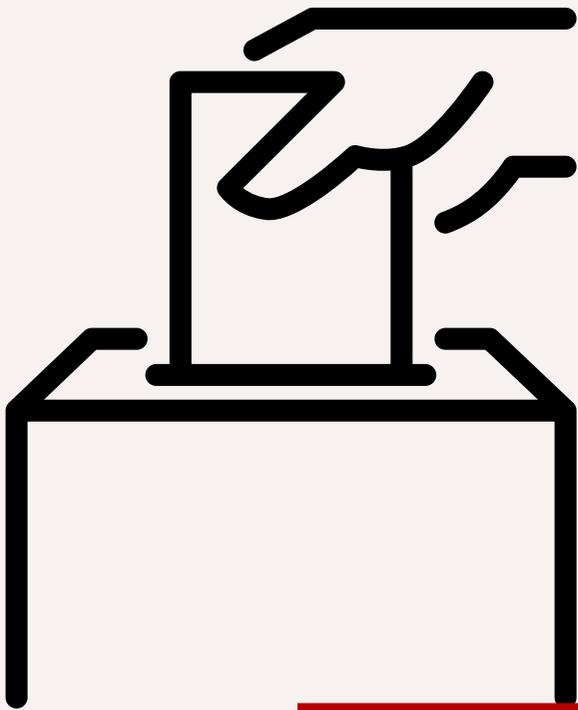


Leistungen: Das plant die SPD

- keine Positionen.

Was die Grünen sonst noch planen



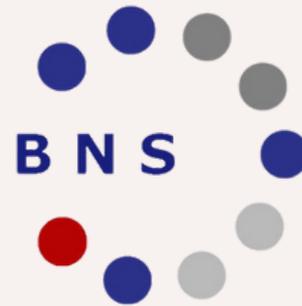
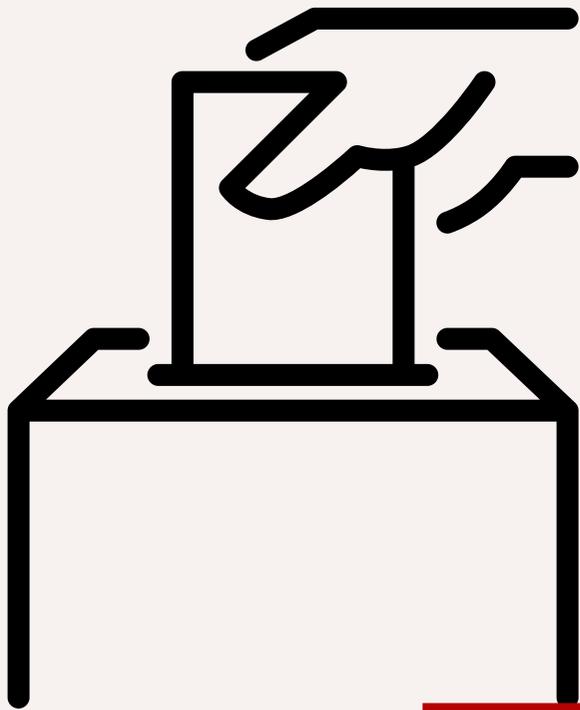


Leistungen: Das planen die Grünen

- **Kosten für Unterbringung sollen Bund und Länder tragen, nicht die Kommunen.**
- **Keine Positionen zum Leistungsbezug.**

Was die Linke sonst noch plant



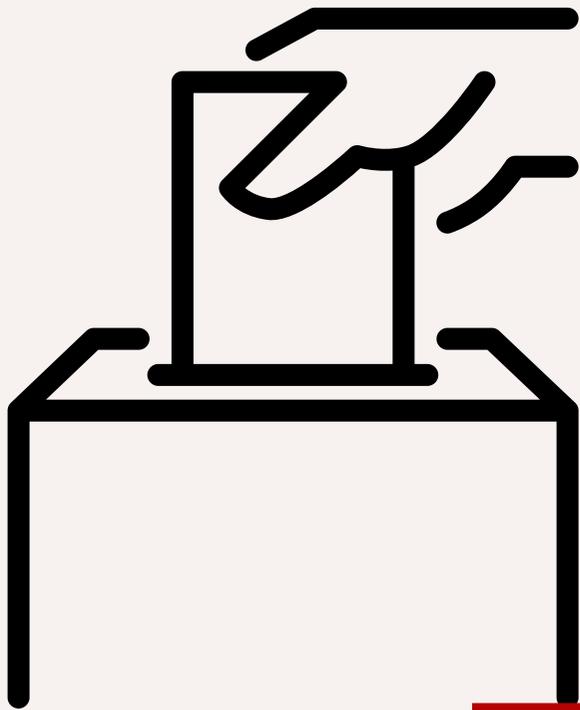


Leistungen: Das plant die Linke

- **Arbeitserlaubnis ab Tag 1.**
- Vollständige **Kostenübernahme** der Unterbringung durch den **Bund**.
- **Willkommensfonds** für Kommunen.
- **Dezentralisierte Unterbringung** in Wohnungen.
- **Geldleistungen statt Bezahlkarte**, auf Niveau der solidarischen Mindestsicherung.

Was die FDP sonst noch plant



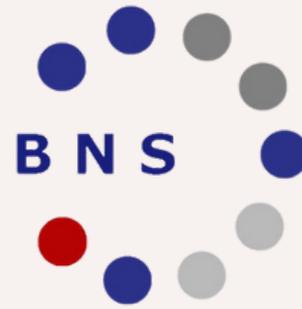
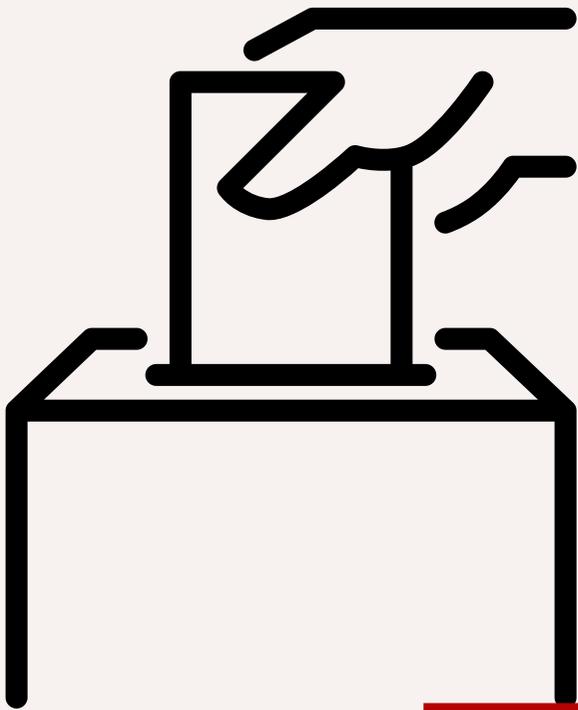


Leistungen: Das plant die FDP

- **Neuer Status für Geflüchtete (inkl. Ukrainer:innen), der Anreize zur Arbeitsaufnahme mit geringeren Leistungen verknüpft.**
- **Überprüfung und Vereinheitlichung der Leistungen auf EU-Ebene.**
- **Mehr Sachleistungen und flächendeckende Einführung der Bezahlkarte**
- **Keine Leistungen bei Ausreisepflicht oder verweigerter Identitätsfeststellung.**

Was das BSW sonst noch plant



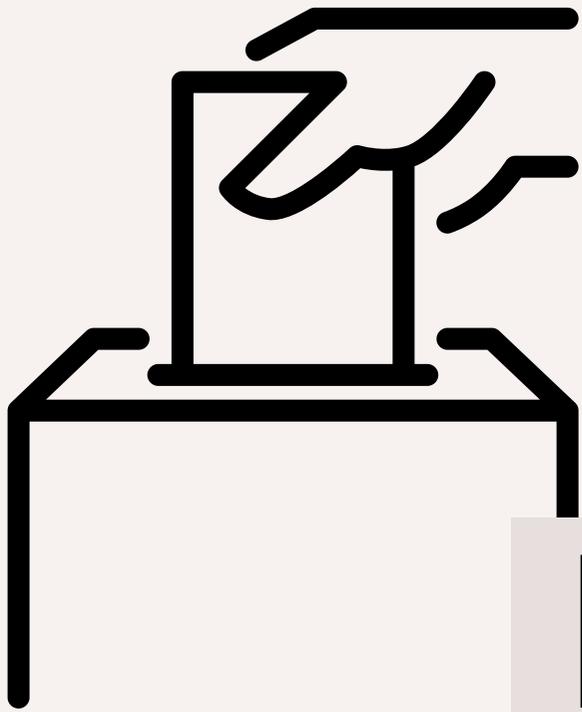


Leistungen: Das plant das BSW

- **Sozialleistungen für Geflüchtete senken.**
- **Keine Leistungen bei fehlender Aufenthaltserlaubnis.**

Next up...



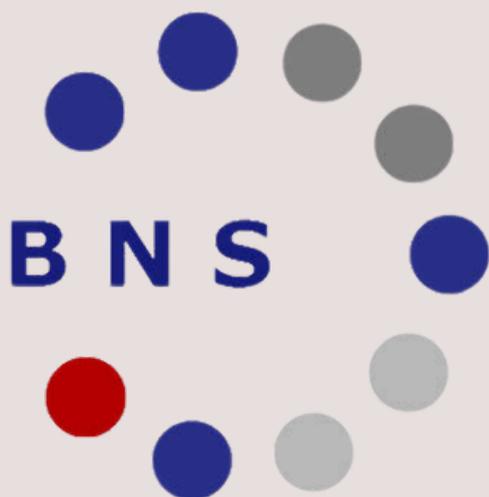


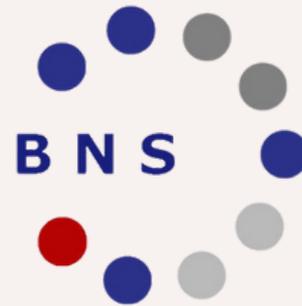
Next up...

Was planen die Parteien

im Bereich Abschiebungen?

Wahlprüfsteine von



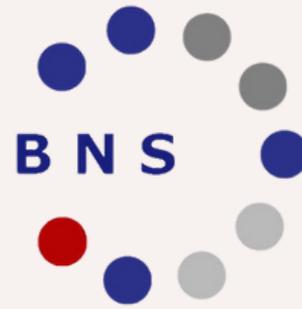


Wahlprüfsteine: Das planen die Parteien im Bereich Abschiebungen

	Steigerung Rückführungen	Mehr Migrationsabkommen
Union	✓	✓
SPD	✓	✓
Grüne	✓	✓
Linke	✗	✗
FDP	✓	✓
BSW	✓	?

Unsere Position



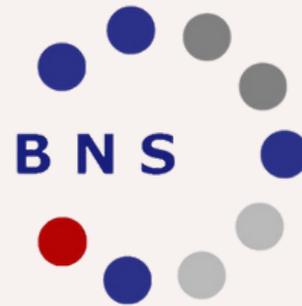
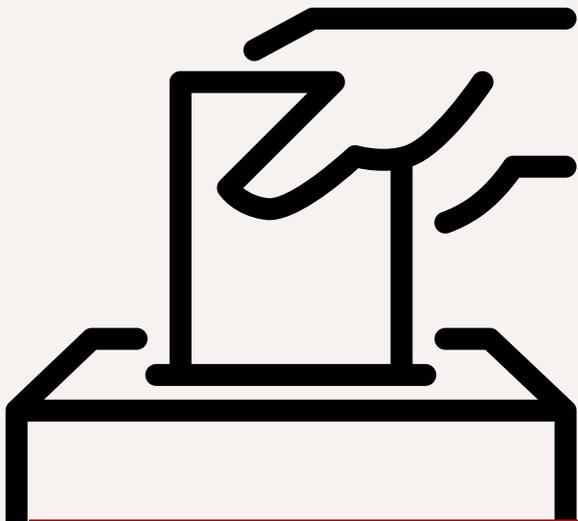


Abschiebungen: Unsere Position

Steigerungen von Rückführungen sind eine Scheindebatte. Von den rund 220.000 ausreisepflichtigen Personen Ende 2024 hatten 81% eine Duldung und können daher überwiegend nicht abgeschoben werden. Denn auch die Duldung ist häufig mit der Erlaubnis zu bleiben verknüpft, z.B. durch eine Ausbildung oder Arbeitsstelle. Deutschland braucht zudem Zuwanderung und sollte in Integration statt in teure und oft rechtswidrige Abschiebepaxen investieren.

Das Völkerrecht verbietet Abschiebungen in Länder in denen Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Das gilt auch für Afghanistan und Syrien. Abschiebungen in diese Länder bedeuten zwingendermaßen eine Kooperation mit den dortigen Regimen.





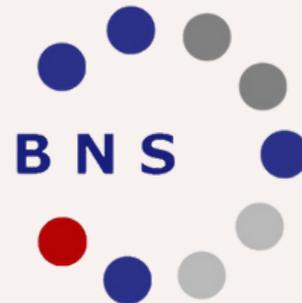
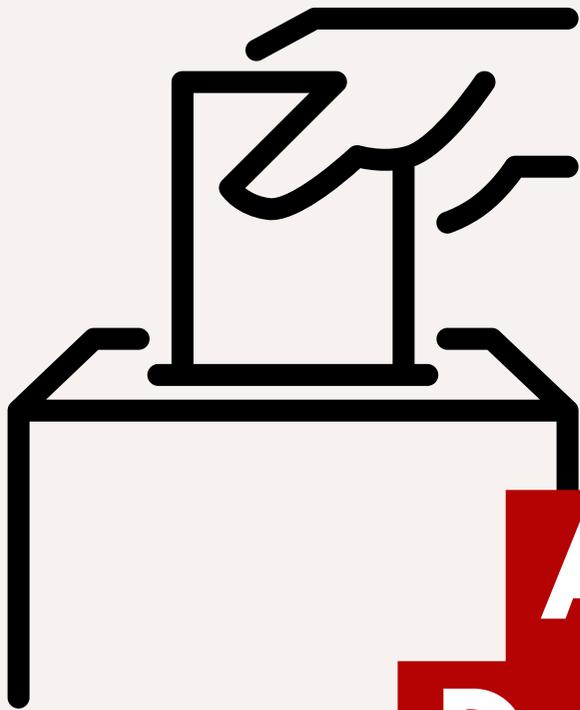
Abschiebungen: Unsere Position

Forderungen nach mehr Kompetenzen für die Bundespolizei, wie selbstständige Haftanträge für ausreisepflichtige Personen, **führen zum Abbau von Rechtsstaatlichkeit**. Die Trennung polizeilicher und staatsanwaltlicher Befugnisse ist eine Lehre aus dem Nationalsozialismus.

Migrationsabkommen, die Rückführungen dienen, gefährden Menschenrechte und stärken autoritäre Regime und Milizen, wie in Libyen, der Türkei oder Tunesien sichtbar. Abkommen sollten stattdessen den Fokus auf legale Einreisemöglichkeiten und humanitäre Aufnahme richten.

Was die Parteien sonst noch so planen



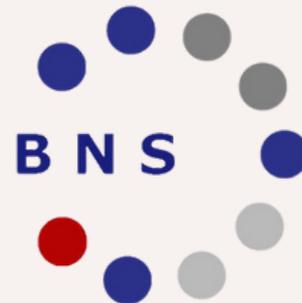
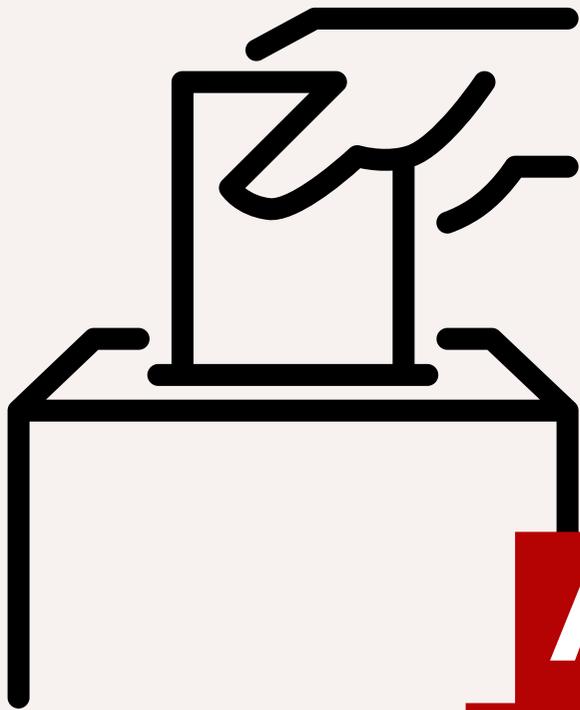


Abschiebungen: Das plant die Union

- **Mehr Rücknahmeabkommen und Abschiebungen**, auch nach Afghanistan und Syrien.
- **Bundesausreisezentren und mehr Kompetenzen für Bundespolizei (inkl. Haftanträge).**
- **Einbindung von Frontex für mehr Abschiebungen.**
- **Aberkennung Schutzstatus und Abschiebung nach antisemitischer Straftat.**
- **Abschiebung von Straftätern und Gefährdern, inklusive unlimitierter Ausreisehaft nach Haft.**

Was die SPD sonst noch plant



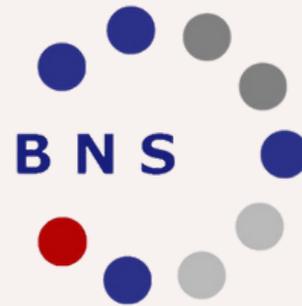
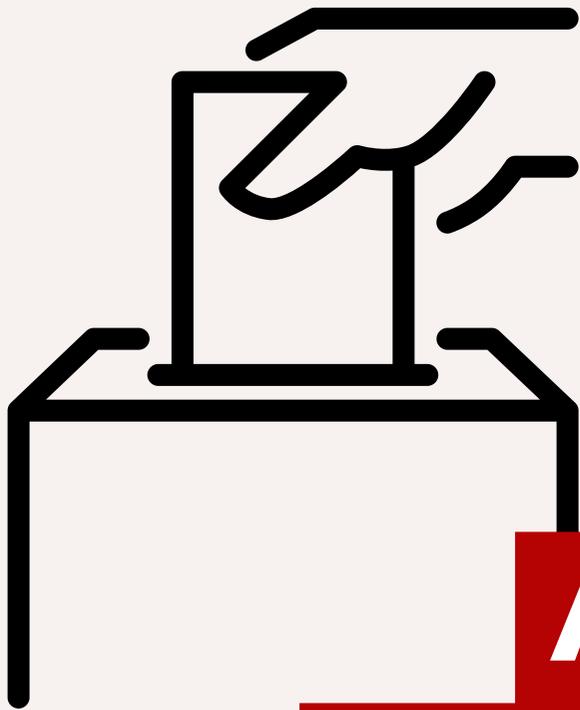


Abschiebungen: Das plant die SPD

- **Migrationsabkommen** mit Zuwanderungswegen in Arbeit und Ausbildung sowie Vereinbarung zu Aufnahme von Geflüchteten und Rückführung.
- **Rückführungen human und konsequent gestalten**, freiwillige Ausreise bevorzugt.
- **Konsequente Abschiebung von Straftätern.**

Was die Grünen sonst noch planen



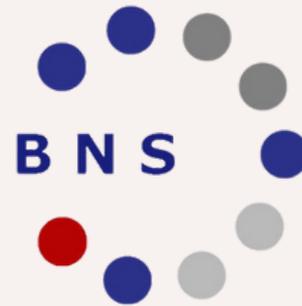
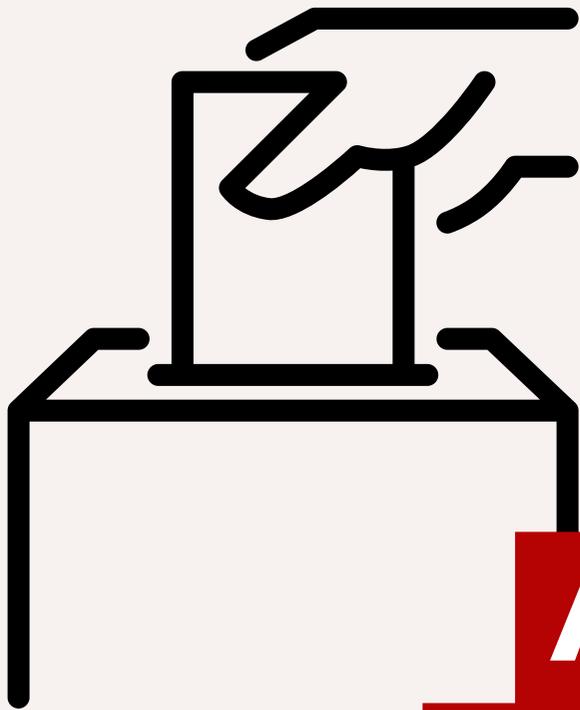


Abschiebungen: Das planen die Grünen

- **Zügige Ausreise für alle ohne Flüchtlingschutz, Aufenthaltsrecht und Abschiebehindernisse, freiwillige Rückkehr bevorzugt.**
- **Abschiebung von Straftätern nach Haft.**
- **Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten zur Öffnung sicherer Migrationsrouten, Reduzierung ungeordneter Migration und Rücknahme von Ausreisepflichtigen.**

Was die Linke sonst noch plant



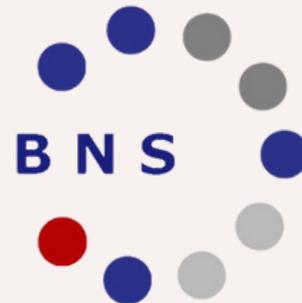
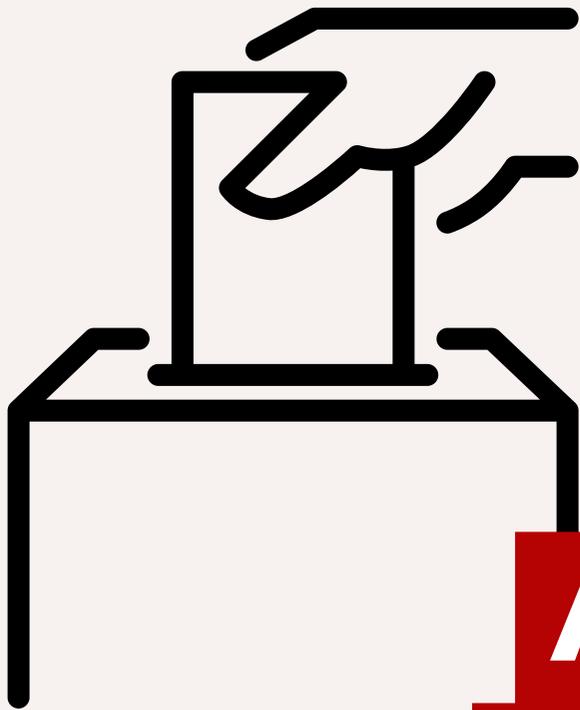


Abschiebungen: Das plant die Linke

- **Allgemeine Ablehnung von Abschiebungen, besonders in Krieg, Verfolgung und Elend.**
- **Straftäter sollen Haftstrafe hier verbüßen; keine Doppelbestrafung durch Abschiebung.**

Was die FDP sonst noch plant



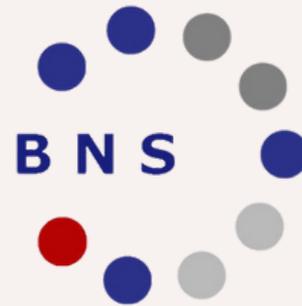
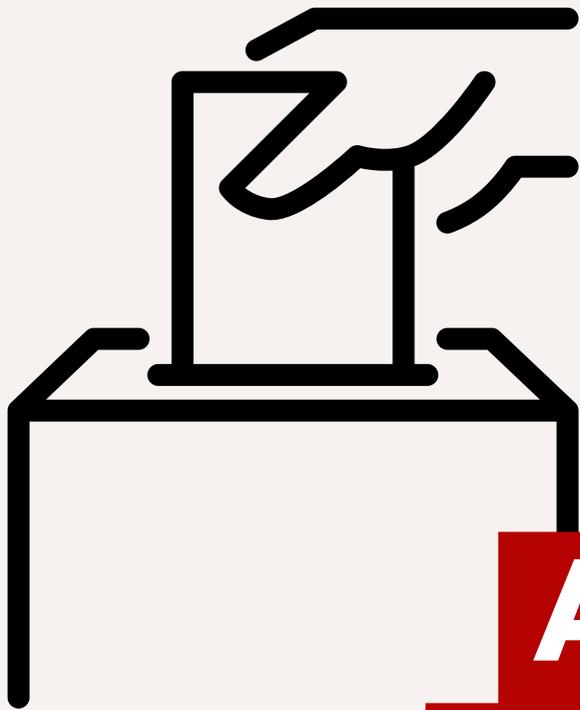


Abschiebungen: Das plant die FDP

- **Unverzügliche Abschiebung von Menschen ohne Bleiberecht.**
- **Zuständigkeit für Abschiebungen auf Bundesebene.**
- **Rücknahmebereitschaft erhöhen durch Migrationsabkommen auf EU- und Bundesebene.**

Was das BSW sonst noch plant



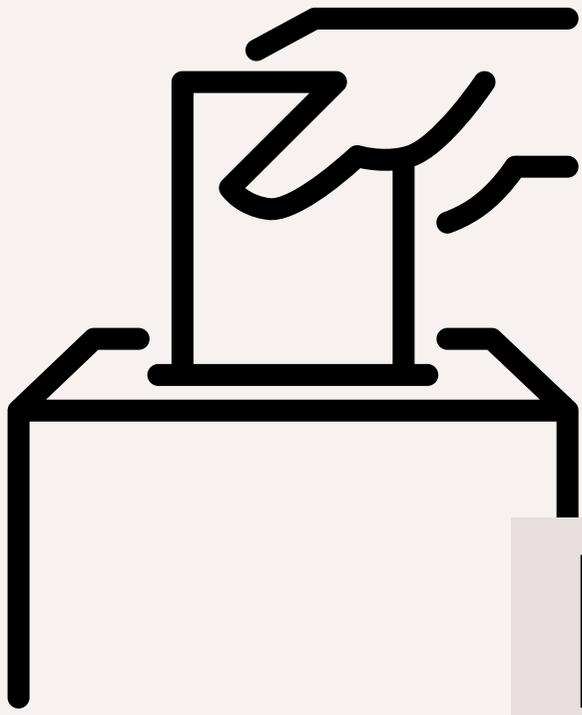


Abschiebungen: Das plant das BSW

- **Schnelle Ausweisung von Ausländern ohne Aufenthaltstitel.**
- **Aberkennung des Asylanspruchs nach schweren Straftaten und schnelle Abschiebung.**
- **Schutz vor Abschiebung nur bei Todesstrafe im Herkunftsland.**
- **Stärkung der Behördenstrukturen für erfolgreiche Abschiebungen innerhalb von 3 Monaten.**

Next up...



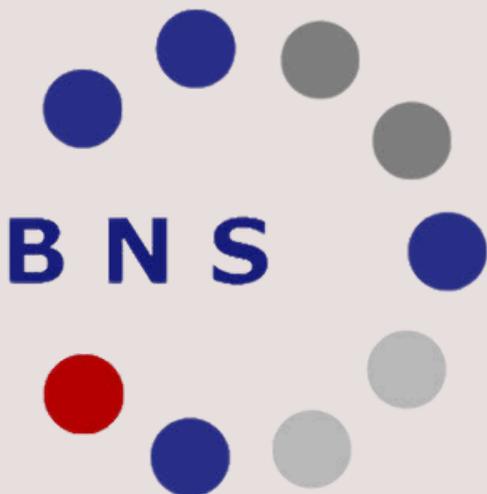


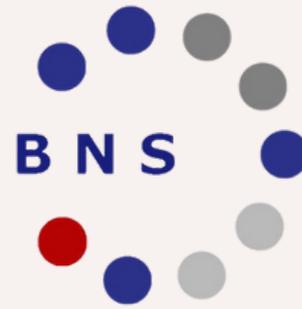
Next up...

Was planen die Parteien

im Bereich Grenzen?

Wahlprüfsteine von



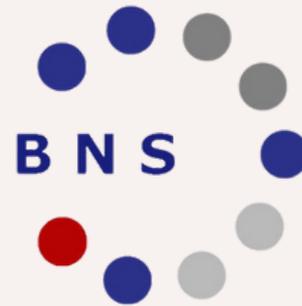


Wahlprüfsteine: Das planen die Parteien im Bereich Grenzen

	Ausweitung Grenzschutz	Binnengrenzkontrollen aufrechterhalten	Förderung Seenotrettung
Union	✓	✓	?
SPD	✓	✓ als Ausnahme	✓
Grüne	?	✗	✓
Linke	✗	✗	✓
FDP	✓	✓	?
BSW	?	?	?

Unsere Position





Grenzen: Unsere Position

An Europas Außengrenzen finden tagtäglich schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen statt. Auf der Balkanroute, in der Ägäis, auf dem Mittelmeer und an der polnischen Grenze kommt es immer wieder zu **rechtswidrigen Pushbacks, bei denen Schutzsuchende von der Polizei gewaltsam zurückgedrängt werden.** Auch europäische Küstenwachen sind an schwer menschenrechtswidrige Praktiken nachweislich beteiligt. **EU-finanzierte Milizen in Nordafrika verhaften und foltern Geflüchtete.** Diese Vorgänge sind journalistisch dokumentiert und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Urteilen bestätigt. Damit ist klar: **Mehr Investitionen in Grenzschutz führen zu mehr Menschenrechtsverletzungen.**





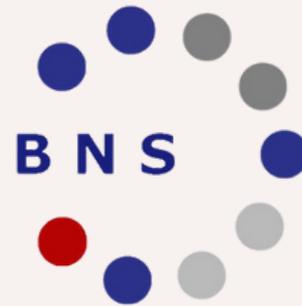
Grenzen: Unsere Position

Der Europäische Gerichtshof hat 2022 festgestellt, dass langfristige Binnengrenzkontrollen europarechtswidrig sind. Es gibt dagegen keine Belege, dass solche Kontrollen die irreguläre Einreise von Schutzsuchenden verringern. Im Gegenteil, in Frankreich haben sich die Asylanträge trotz Kontrollen in den vergangenen Jahren beinahe verdoppelt und auch in Österreich konnten sie zu keinem Rückgang der Zuwanderung führen.

Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt. Nicht nur der gesunde Menschenrechtsverstand, auch das internationale Seerecht verpflichtet zur Rettung aus Notlagen. Dies sollten Staaten übernehmen, nicht zivilgesellschaftliche Organisationen. Was wir jedoch wirklich brauchen sind legale Fluchtwege, damit Menschen nicht erst lebensgefährliche Reisen auf sich nehmen müssen.

Was die Parteien noch planen



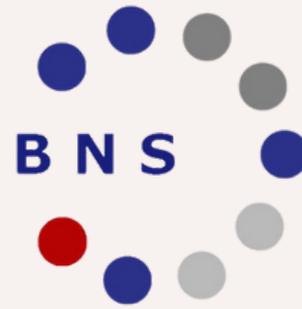


Grenzen: Das plant die Union

- **Mehr Personal und Befugnisse für Frontex.**
- **Fortsetzung von Binnengrenzkontrollen bis Außengrenzen dicht sind.**
- **Investitionen in moderne Grenzsicherungstechnik.**

Was die SPD noch plant



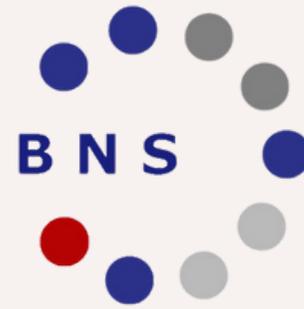


Grenzen: Das plant die SPD

- **Binnengrenzkontrollen nur in Ausnahmefällen.**
- **Außengrenzen stärker kontrollieren** unter „rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen.“
- Stärkere **Kontrollrechte für das Europäische Parlament bei Frontex.**
- **Keine Pushbacks.**
- **Seenotrettung als humanitäre Verpflichtung.**

Was die Grünen noch planen



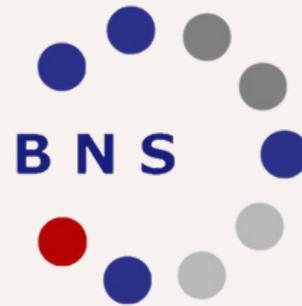


Grenzen: Das planen die Grünen

- **Menschenrechtsmonitoring** und konsequentes **Vorgehen** gegen **illegale Pushbacks.**
- **Ablehnung** dauerhafter **Binnen-grenzkontrollen,** stattdessen **rechtsstaatliche** Kontrollen an den Außengrenzen.
- **Seenotrettung** als **humanitäre Pflicht,** Forderung nach EU-Seenotrettungsmission und Förderung ziviler Seenotrettung.

Was die Linke noch plant



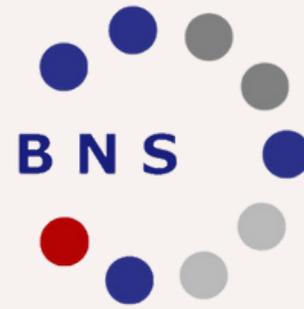
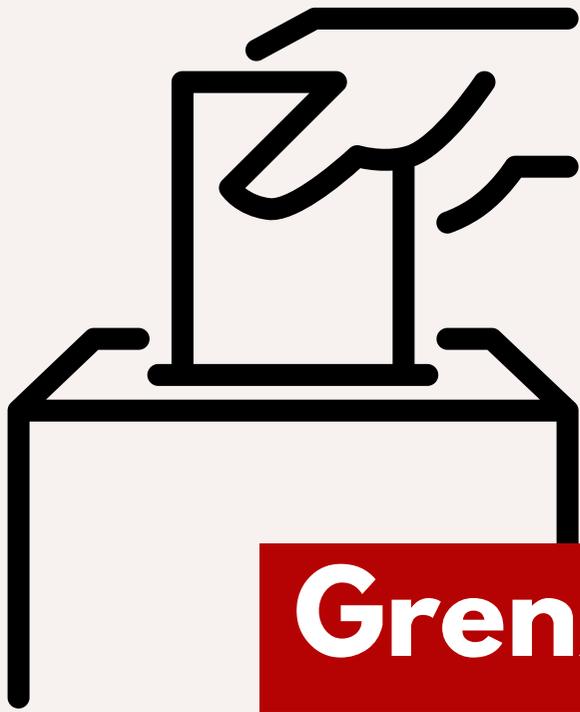


Grenzen: Das plant die Linke

- Umwandlung von **Frontex** in eine **europäische Rettungsmission**.
- Beendigung der Kriminalisierung von **Seenotrettung**.
- **Beendigung illegaler Pushbacks**.
- **Aufkündigung von Flüchtlingsdeals** mit autoritären Regimen.

Was die FDP noch plant



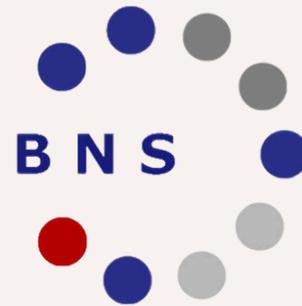


Grenzen: Das plant die FDP

- **Stärkung von Frontex.**

Was das BSW noch plant





Grenzen: Das plant das BSW

- Sichere Grenzen und unkontrollierte Migration stoppen.

Wahlprüfsteine von

